

PARTEIENZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

KONFERENZ VOM 3. BIS 4. FEBRUAR 2011 IN BERLIN

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) fand vom 3. bis 4. Februar 2011 in Berlin die Konferenz „Parteienzusammenarbeit in Europa“ mit Vertretern von dreißig Parteien aus der „Familie“ der Europäischen Volkspartei (Vollmitglieder, Assoziierte Mitglieder, Beobachter) aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, die organisatorische Führungsebene der Parteien, darunter etliche (stellvertretende) Vorsitzende, Generalsekretäre, Hauptgeschäftsführer und Abgeordnete zusammenzubringen und gemeinsam mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Volkspartei (EVP) und der CDU Deutschlands den Stand und die Perspektiven der Parteienzusammenarbeit im Rahmen der EVP, Fragen der Parteiorganisation und Strategieentwicklung zu erörtern sowie Erfahrungen beim Aufbau parteinaher Stiftungen auszutauschen.

Der stellvertretende Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Herr Dr. Gerhard Wahlers, eröffnete die Konferenz am 3. Februar. Er betonte dabei den hohen Stellenwert, den die Parteienzusammenarbeit für die KAS im Allgemeinen, besonders aber für die teilweise noch nicht vollständig abgeschlossene demokratische Konsolidierung in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas habe. In diesem Zusammenhang sei auch diese Veranstaltung zu sehen, die den Erfahrungsaustausch und die Netzwerkbildung unter den Teilnehmern fördern solle, so Dr. Wahlers.

Im Anschluss ging der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Peter Altmaier MdB, auf die Rolle und Herausforderungen der nationalen Parlamente in der EU ein. Herr Altmaier unterstrich, dass die Anwesenheit der eingeladenen Gäste einen Teil der Erfolgsgeschichte der EVP widerspiegele. Da der Zusammenhalt in einer „Familie“ immer schwieriger werde, je mehr Mitglieder sie habe, sei dieses Treffen von besonderer Bedeutung. Er betonte, dass eine parteiübergreifende Solidarität in der EVP wichtig sei, um insbesondere in den neuen



Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pötering MdEP, eröffnete die Abendveranstaltung im Rahmen der Konferenz.

Mitgliedsstaaten die neuen Herausforderungen meistern zu können. Die wichtigste Aufgabe der Parteien sei die nationale Konsensfindung in grundlegenden europäischen Fragen. Die Spielräume auf der EU-Ebene seien klein und deshalb warnte Altmaier davor, innenpolitische Fragen gegen die europäische Einigung zu nutzen.

Herr Altmaier bemerkte, dass selbst einige Parlamentarier keine näheren Kenntnisse über die Funktionen der EU-Institutionen hätten, die jedoch elementar seien. Um den Erwerb solcher Kenntnisse sowie einen stärkeren Austausch zwischen der nationalen und der europäischen Ebene zu fördern, seien Vertretungen der Parlamente, wie die des deutschen Bundestags, in Brüssel wünschenswert. Er sei sich den hohen Kosten einer parlamentarischen Vertretung bewusst, und schlug deshalb den Gästen vor, über weitere Kooperationen zwischen nationalen Parlamenten nachzudenken. Darüber hinaus sei auch der direkte Kontakt zwischen Parlamentariern der beiden Ebenen wichtig. So nähmen deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) an den Sitzungen des Europaausschusses des Bundestags teil und MdBs würden nach Brüssel eingeladen, um ein Netzwerk bilden und pflegen zu können. Deshalb schlug Herr Altmaier den Teilnehmern vor, auch MdEPs oder Kommissare in die Ausschüsse ihrer Parlamente einzuladen.



Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS, eröffnete die Konferenz. (Archivbild).



Peter Altmaier (links), daneben: Dr. Hubert Gehring, Landesbeauftragter der KAS für die Tschechische Republik und die Slowakei.

Obwohl Herr Altmaier eine starke Rolle der nationalen Parlamente begrüßte, mahnte er aber auch zur Vorsicht: In der EU gäbe es den Trend, dass immer mehr nationale Parlamente das Recht einforderten, bei europäischen Angelegenheiten mitzubestimmen. Wenn sich jedoch 27 Regierungen mit Parlamentsvorbehalten konfrontiert sähen, wäre dies ein großes Problem für die EU. Dabei verwies er auf die skandinavischen Länder, die damit keine guten Erfahrungen gemacht hätten. So könnten Minister teilweise nicht an Verhandlungen teilnehmen, weil sie kaum Verhandlungsfreiheiten hätten. Deshalb müsse man zum Beispiel auch in Deutschland aufpassen, dass Vertreter der EU nicht mehr Zeit in den Ausschüssen des Bundestages verbrächten als in Verhandlungen auf EU-Ebene.

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon käme den nationalen Fraktionen eine größere Rolle in der europäischen Integration zu. Im Rahmen des Frühwarnsystems könnten nationale Parlamente Bedenken gegen Gesetzesinitiativen der Kommission vorbringen, wenn diese gegen das Prinzip der Subsidiarität verstießen. Aus diesem Grund sei eine Kooperation zwischen den Ländern wichtig, um Informationen und Meinungen austauschen zu können. Kleinere Länder könnten mit der Unterstützung in den Parlamenten der größeren Länder rechnen. Herr Altmaier unterstrich, dass es jedoch noch viel wichtiger sei, dass sich die Parteien an der europäischen Debatte beteiligten. Zum einen müsse die EVP insgesamt besser von den Wählern wahrgenommen werden und zum anderen müsse sich die EVP klar von den anderen Fraktionen abgrenzen können, damit die Wähler die Unterschiede erkennen könnten. Um dies zu erreichen und um die interne Kooperation zu erleichtern, habe die EVP als erste Fraktion ein internes informelles Gremium geschaffen. Abschließend betonte Herr Altmaier nochmals die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsparteien der EVP.

Nach den Ausführungen von Herrn Altmaier stellte der stellvertretende Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Herr Christian Kremer, Stand und Perspektiven der Parteienzusammenarbeit im Rahmen der EVP dar. Zu Beginn betonte Herr Kremer die Bedeutung der KAS, insbesondere die Arbeit der Auslandsbüros, für die EVP. Anschließend ging er auf die Rolle der EVP ein, die sich vorrangig als Koordinationsgremium wahrnehme. Ziel sei die Stärkung des Profils der Fraktion, zum Beispiel durch die Entwicklung von gemeinsamen Ansätzen, damit die EVP besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Als größte europäische politische Parteienfamilie müsse die EVP mehr Führungskompetenz zeigen. Angesichts der teils stagnierenden Popularität der EU in der Bevölkerung und der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise engagiere sich die EVP für eine bessere Kooperation auf der nationalen Ebene. Herr Kremer betonte, dass Europa „untergehen werde“, wenn die Mitglieder die Probleme nicht gemeinsam lösten. Insbesondere im internationalen Kontext müsse die gemeinsame Position verteidigt werden.

Herr Kremer berichtete, dass die EVP gegenwärtig an einer neuen Plattform arbeite, um eine Kompromissfindung zwischen den 27 Mitgliedsstaaten zu erleichtern. Die EVP stelle sich der schwierigen Aufgabe einer Re-Definition, um neue Prioritäten zu setzen und Visionen zu entwickeln. Gerade im Hinblick auf die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2014 müsse die EVP eine stärkere Rolle einnehmen. Um der geringen Wahlbeteiligung entgegen zu wirken, müsse Europa den Bürgern näher gebracht werden. So müsse auch die Idee eines neuen Wahlsystems diskutiert werden. Herr Kremer unterstrich, dass auch die Frage eines gemeinsamen Kandidaten der EVP relevant sei, denn ohne Gesichter könne man die europäische Idee nicht vermitteln. Abschließend betonte er, dass der Dialog zwischen der EVP und den nationalen Politikern verstärkt werden sollte.



*Christian Kremer,
stellvertretender
Generalsekretär
der Europäischen
Volkspartei.*

*Teilnehmer des Panels
„Parteistiftungen und
parteinahe Institute“.
In der Bildmitte der
Landesbeauftragte
der KAS für Ungarn,
Hans Kaiser.*



Moderiert wurde der erste Teil der Konferenz vom Landesbeauftragten der KAS für die Tschechische Republik und die Slowakei, Herrn Dr. Hubert Gehring.

Der zweite Konferenzblock trug die Überschrift „Moderne politische Kommunikation und Wahlkampf-führung“. Hier berichteten Frau Simone Großner, Abteilungsleiterin Strategische Planung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Herr Ralf Gülden-zopf, Leiter der Abteilung Politische Kommunikation der KAS, und Herr Borko Ilić, Fraktionsvorsitzender der Demokratischen Partei Serbiens im Parlament der Autonomen Provinz Vojvodina, über die Herausforderungen des modernen Wahlkampfes.

Einleitend ging Herr Gülden-zopf auf die Rolle des Internets im Wahlkampf ein. Er betonte, dass sich die Ziele der politischen Kommunikation seit Jahr-hunderten kaum verändert hätten, da es nach wie vor darum gehe, Menschen zu erreichen. Der moderne Wahlkampf zeichne sich nur durch die neuen Instru-mente, insbesondere das Internet, das den Wahl-kampf revolutioniert habe, aus. Herr Gülden-zopf un-terstrich, dass man im Internet aktiv sein müsse, gleichzeitig aber mit einem Kontroll- und Streuverlust konfrontiert sei, da man nicht mehr kontrollieren könne, was mit den ursprünglichen Pressemittei-lungen passiere. Darüber hinaus senke das Internet auf der einen Seite die Hürde für politisches Engage-ment. Auf der anderen Seite bedeute dies jedoch auch, dass die Parteien ihr Organisationsmonopol verlören. Ebenso verändere sich das Informations-verhalten der Menschen, da sie nicht mehr aktiv nach Informationen suchen müssten, sondern vielmehr automatisch damit konfrontiert würden, wie zum Beispiel auf Facebook. Aus diesem Grund würden die Websites der Parteien in Zukunft an Bedeutung verlieren, während die Facebookseite an Bedeutung gewinne. Gleichzeitig warnte Herr Gülden-zopf je-doch vor einer Überdigitalisierung. Das Internet sei zwar wichtig, aber längst nicht alles. Es gebe immer

noch Bürger, die persönlich angesprochen werden wollten. Obwohl sich die politische Kommunikation globalisiere, bleibe Politik immer noch lokal. Deshalb müssten die Antworten nicht über das Internet, son-dern zu Hause gefunden werden, so Herr Gülden-zopf abschließend.

Anschließend berichtete Frau Großner über die Stra-ategien der Wahlkampfführung. Sie hob hervor, dass Facebook zwar wichtig sei, das Hauptwählerklientel der CDU jedoch Leute ab sechzig Jahren seien, die nicht über diesen Kanal angesprochen werden könnten. Obwohl es keine Standardstrategien für die moderne politische Kommunikation und Wahlkampfführung gebe, wolle sie fünf Punkte ansprechen. Erstens nähme die Personalisierung, wie man sie aus den USA kenne, zu. Gerade wenn der Kandidat auch im gegnerischen Lager Sympathien habe, solle man auf seine Personalisierung setzten, um Wechselwähler zu gewinnen. Dennoch sollte man immer noch berücksichtigen, dass vierzig Prozent der CDU-Wähler die Partei aufgrund ihrer The-men wählten. Zweitens spiele das „Agenda-Setting“ zunehmend eine wichtigere Rolle. Die Partei müsse erreichen, den Wahlkampf auf die Themen zu lenken, in denen sie gut sei. Deshalb müsse man immer ab-wägen, ob man auf die Themen der Konkurrenz über-haupt eingehe. Dies erfordere eine hohe Anstrengung und Disziplin innerhalb der Partei. Drittens müsse sich eine Partei die Frage stellen, wie man mit „negative Campaigning“ umgehe und was die Partei selbst in diesem Bereich mache. Frau Großner hob hervor, dass die christlich-demokratischen Wähler mehrheit-lich negativ gegenüber dem „negative Campaigning“ eingestellt seien.

Die vierte Herausforderung stelle das Nichtwählerlager dar. Frau Großner meinte, dass diese Gruppe keine homogene sei und sich auch nicht in der Öffentlichkeit bekenne. In Deutschland habe es im letzten Wahl-kampf so viele Nichtwähler gegeben, weil dieser kaum polarisiert war. Demzufolge sei eine Debatte über



Die stellvertretende Wojewodin von Niederschlesien, Frau Ilona Antoniszyn-Klik, Vorstandsmitglied der Polnischen Volkspartei (PSL) in der Wojewodschaft Niederschlesien, während der Diskussion.

Borko Ilić; links im Bild: der Teamleiter Europa/Nordamerika der KAS, Jens Paulus.



Nichtwähler nicht zielführend. Der Fokus solle vielmehr auf der Polarisierung liegen. Im letzten Punkt ging Frau Großner auf die Frage ein, ob man sich um die Stammwähler oder um die Wechselwähler kümmern müsse. Obwohl es viel anstrengender sei, Wechselwähler zu gewinnen, müssten Kandidaten beide Gruppen ansprechen, um möglichst viele Stimmen zu gewinnen.

Während Herr Gülden-zopf und Frau Großner die Wahlkampfstrategien eher aus der deutschen Perspektive darstellten, ging Herr Ilić auf die Herausforderungen des Wahlkampfes in Serbien ein. Er betonte, dass Internet in Serbien noch nicht so verbreitet sei wie beispielsweise in Deutschland. Nur um die vierzig Prozent der Bevölkerung nutze das Internet, darunter viele junge, noch nicht wahlberechtigte Personen. Deshalb warnte Herr Ilić vor einer zu starken Konzentration auf das Internet, da man auf diesem Weg viele Bevölkerungsgruppen nicht erreiche. Insofern sei es immer noch wichtig, „hinaus“ zu gehen, weil viele Leute mit Politikern persönlich reden wollten. Grassroot-Campaigning sei noch genauso wichtig wie früher und deshalb brauche man nach wie vor gute Politiker auf der lokalen Ebene, um Wähler zu erreichen. Gleichzeitig könne man jedoch mit Hilfe des Internets schon früh um die jungen Leute sowie um Personen, die sich von der Politik abgewandt hätten, werben. Das Internet stelle deshalb ein attraktives Kommunikationsmittel dar, um diese Leute (wieder) für die Politik gewinnen zu können. Deshalb plädierte Herr Ilić für eine Kombination von Internetnutzung und traditionellem Wahlkampf.

Diese Runde wurde vom Teamleiter Europa/Nordamerika der KAS, Herrn Jens Paulus, moderiert.

Mit dem Programmpunkt „Parteistiftungen/parteinahne Institute: Stand und Perspektiven in EVP-Mitgliedsparteien“ wurde die Tagung unter Leitung des Landesbeauftragten der KAS für Ungarn, Herrn Hans Kaiser, fortgesetzt. Die Leiterin des Instituts für Volkspartei-

liche Studien, dem Think-Tank der rumänischen PD-L, Frau Cristina Trăilă, der Direktor der Stiftung für ein bürgerliches Ungarn (PMA), Herr Zsolt Szabó und Frau Magdalena M. Baran, Projektkoordinatorin des Bürgerinstituts der polnischen Bürgerunion (Instytut Obywatelski) stellten ihre Erfahrungen beim Aufbau der parteinahen Institute sowie deren Aufgaben dar.

Im ersten Beitrag stellte Frau Trăilă das Institut für Volksparteiliche Studien vor. Sie unterstrich, dass für diese junge Einrichtung die KAS ein sehr wichtiger Partner sei. Ziel sei der Beitrag zur Konsolidierung der demokratischen und konservativen Werte in Rumänien und der Nachbarregion. Das Institut organisiere Debatten über institutionelle Reformen in Kooperation mit der KAS, die Nachwuchsförderung sowie eine Arbeitsgruppe zur Sozialen Marktwirtschaft. Es wolle in Zukunft die bisherigen Projekte weiterführen und zusätzlich Verwaltungsmitarbeitern der lokalen Parteiorganisationen der PD-L ausbilden.

Anschließend präsentierte Herr Szabo die Stiftung für ein bürgerliches Ungarn. „Bürgerlich“ stehe in diesem Fall für die Partei Fidesz. Herr Szabo fügte hinzu, dass er dies bedauere, da sich dadurch viele Bürger nicht angesprochen fühlten. Ähnlich wie das von Frau Trăilă vorgestellte Institut werde auch die Stiftung für ein bürgerliches Ungarn von den deutschen Stiftungen unterstützt. Im Gegensatz zu den meisten anderen ost- und südost-europäischen Ländern, wurde 2003 in Ungarn ein Gesetz zur Finanzierung von parteinahen Stiftungen verabschiedet, und Herr Szabo bot an, den Gesetzestext den anwesenden Gästen zukommen zu lassen. Ziel der Stiftung für ein bürgerliches Ungarn sei es, möglichst allen Bürgern der Region zum Wohlstand zu verhelfen. Um dies zu erreichen, wolle sie die notwendigen Strukturen aufbauen und engagiere sich überwiegend im Bereich der politischen Bildung. Abschließend sagte Herr Szabo, dass die Stiftung gegenwärtig vor einer Herausforderung stehe, da die Partei nun in der Regierung sei und sich deshalb die Stiftung der neuen Situation anpassen müsste.

Der Vorsitzende der weißrussischen Oppositionsbewegung „Für die Freiheit“, Dr. Alexander Milinkiewitsch, sprach über die aktuelle politische Lage im Land.



Im letzten Beitrag dieses Konferenzblocks berichtete Frau Baran über die Tätigkeiten des Bürgerinstituts der polnischen Bürgerunion. Das Institut unterstütze die Regierung und Abgeordnete, indem es Berichte und Kommentare über aktuelle Probleme erstelle. Darüber hinaus sehe sich das Institut als Brücke zwischen den Bürgern und der Politik. Es organisiere Debatten und Seminare zu den Problemen in der Gesellschaft und kooperiere mit Professoren, Experten und Sozialarbeitern, um die öffentliche Debatte zu verbessern.

Moderiert von Herrn Dr. Holger Dix, Landesbeauftragter der KAS für Rumänien und die Republik Moldau, stellte im Anschluss der stellvertretende Direktor und Forschungschef des Centre für European Studies (CES), Herr Roland Freudenstein, das Profil des CES dar. Er hob hervor, dass es seine Hauptaufgabe sei, den Bürger näher an die europäischen Institutionen zu bringen. Das CES leiste einen Beitrag zu den europäischen Debatten und fördere das Networking zwischen den nationalen Parteien. Ferner berate es die MdEPs der EVP. Darüber hinaus würden gemeinsame Aktivitäten mit den Mitgliedsstiftungen durchgeführt, wie zum Beispiel eine Konferenz zum politischen Islam. Schließlich lege das CES auch großen Wert auf die Forschung von europarelevanten Themen. Herr Freudenstein stellte abschließend noch die Bedingungen für die Mitgliedschaft einer politischen Stiftung im CES vor und präsentierte Beschäftigungsmöglichkeiten.

Im Rahmen der Konferenz fand am Abend eine öffentliche Vortragsveranstaltung mit dem Vorsitzenden der Bewegung „Für die Freiheit“ und Träger des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments, Herrn Dr. Alexander Milinkiewitsch, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Arnold Vaatz, im Forum der Akademie statt. Eröffnet wurde dieser Programmteil vom Vorsitzenden der KAS, Herrn Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP.

Herr Dr. Pöttering betonte die Solidarität der KAS, der CDU und des Europäischen Parlaments (EP) mit der weißrussischen Demokratiebewegung. Die KAS sei moralisch verpflichtet, allen politisch verfolgten Demokraten materielle und ideologische Hilfe zu gewähren. So unterstütze sie auch Herrn Dr. Milinkiewitsch, der sich seit Jahren ungeachtet der Repressionen für ein freies Weißrussland einsetze und für zivilgesellschaftliches Engagement stehe. Herr Dr. Pöttering forderte die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Weißrussland und rief zur internationalen Solidarität auf. Im Hinblick auf die eingeschränkte Reisefreiheit der Bürger aus Staaten außerhalb des Schengen-Raums, forderte er, dass allen Europäern Reisefreiheit auf dem europäischen Kontinent gewährleistet werde.

Im Anschluss berichtete Herr Dr. Milinkiewitsch über die aktuelle Lage der weißrussischen Opposition und warb um die Unterstützung der demokratischen Kräfte in Weißrussland. Er dankte zunächst der KAS für die Einladung und lobte das Engagement der Stiftung für eine freie und demokratische Welt. Obwohl es nicht einfach sei, eine Demokratie aufzubauen, habe Deutschland, insbesondere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Weißrussland immer unterstützt. Anschließend ging Herr Dr. Milinkiewitsch auf die Demonstrationen anlässlich der Präsidentenwahl am 19. Dezember 2010 ein. Er sei sehr beeindruckt von dem Mut und Engagement der Bürger, die, trotz der Furcht, die im Land herrsche, auf die Straße gingen, um friedlich gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zu demonstrieren. Warum die Situation eskalierte, wisse man noch nicht, aber er vermute, dass regierungsnahe Gruppen die Demonstranten provoziert hätten. Mehr als 700 Demonstranten wurden dabei festgenommen, die bis zu fünfzehnjährige Gefängnisstrafen befürchten müssten. Darüber hinaus könnten Menschen auch wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt und erschossen werden. Da der weißrussische Geheimdienst (KGB) die Untersuchungen leite, forderte Herr Dr. Milinkiewitsch eine unabhän-



Bild links: Der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz MdB, auf der Abendveranstaltung.

Bild rechts: CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB empfing die Konferenzteilnehmer im Konrad-Adenauer-Haus.

gige Untersuchung und eine internationale Beurteilung der Ereignisse. Das Wichtigste an diesen Tagen sei jedoch gewesen, dass die weißrussische Gesellschaft gezeigt habe, dass eine Zivilgesellschaft vorhanden sei. Viele Menschen hätten die Demonstranten unterstützt, indem sie beispielsweise Decken gebracht oder völlig unbekannte Menschen im Gefängnis besucht hätten. Ein Gefängnisbesuch sei deshalb so heikel, weil Besucher ihre Identitätskarte zeigen müssten und sie somit selbst Repressionen befürchten müssten. Herr Dr. Milinkiewitsch unterstrich, dass das Regime mittlerweile die totale Kontrolle über die Gesellschaft habe. Die Pressefreiheit sei nicht mehr gewährleistet und die Anzahl der politischen Gefangenen nehme zu. Deshalb appellierte er an die Gäste, sich solidarisch mit dem weißrussischen Volk zu zeigen.

Herr Dr. Milinkiewitsch rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, den Druck auf das Regime mindestens aufrecht zu erhalten oder sogar zu erhöhen. Allerdings zweifle er an der Wirksamkeit der wirtschaftlichen Sanktionen, da die weißrussische Regierung den „Westen“ für die schlechte Situation der Bevölkerung verantwortlich mache. Er betonte, dass ein Dialog mit der weißrussischen Regierung notwendig sei, um positive Veränderungen zu erzielen. Wirtschaftliche Reformen seien wichtig und der „Westen“ müsse Weißrussland an sich binden, gerade in Anbetracht des russischen Engagements in Weißrussland. Herr Dr. Milinkiewitsch warb um die Unterstützung der demokratischen Kräfte in Weißrussland. Konkret forderte er die EU auf, Visaangelegenheiten für die weißrussische Bevölkerung zu erleichtern. Seit der Aufnahme der weißrussischen Nachbarländer Polen, Litauen und Lettland in den Schengen-Raum im Jahr 2007 sei es für die weißrussische Bevölkerung noch schwieriger geworden, in die Nachbarstaaten zu reisen. So koste ein Visum sechzig Euro, was für viele zu teuer sei. Personen aus Russland und der Ukraine müssten dagegen nur halb so viel bezahlen. Laut einer Umfrage waren siebzig Prozent der Weißrussen noch nie in einem EU-Land, 45 Prozent

hätten noch nie eine Person aus der EU gesehen, aber über die Hälfte würde gerne in der EU leben. Deshalb betonte Herr Dr. Milinkiewitsch, dass die Vereinfachung des Visumsrechts mindestens so wichtig sei wie zum Beispiel die Unterstützung von Medienprogrammen (TV, Radio), anhand derer sich die Menschen ein Bild machen könnten, wie man in Freiheit lebe. Abschließend erinnerte Herr Dr. Milinkiewitsch an das Prinzip „für unsere und eure Freiheit“, denn ein Volk könne nicht in Freiheit leben, ohne die Freiheit der anderen Völker.

Herr Vaatz unterstrich, dass er die Forderungen von Herrn Dr. Milinkiewitsch nach einer Erleichterung der Reisefreiheit unterstütze. Die deutsch-deutsche Geschichte habe gezeigt, dass der friedliche Wandel die Folge von Begegnungsmöglichkeiten für „normale“ Bürger der DDR in Verbindung mit der Resignation des Regimes gewesen sei. Deshalb müsse man auch das weißrussische Regime zur Resignation zwingen. Anstatt auf die Ratschläge der Theoretiker außerhalb des Landes zu hören, sollten wir in Deutschland und in der EU auf die authentischen Vorschläge der weißrussischen Bevölkerung eingehen.

Ebenso betonte Herr Vaatz, dass „Weißrussland“ nicht gleich „Weißrussland“ sei. Wir müssten uns entscheiden, ob wir uns an das Regime annähren wollten auf Kosten des weißrussischen Volkes oder an das weißrussische Volk auf Kosten der weißrussischen Regierung. Herr Vaatz unterstrich, dass ein Dialog mit dem weißrussischen Regime nur konditioniert stattfinden könne, indem auch Russland eingebunden werde. Darüber hinaus müsse ein Dialog zwischen der weißrussischen Regierung und dem weißrussischen Volk unterstützt werden. Deutschland müsse immer wieder verdeutlichen, dass es die Opposition des Landes unterstütze, zum Beispiel im Rahmen von Praktika und Stipendien. Obwohl Herr Vaatz den Eindruck bekommen habe, die Opposition in Weißrussland sei mittlerweile besser vereint, gelte es, den weiteren Einigungsprozess zu unterstützen.



Am zweiten Tag wurde die Konferenz mit einem Besuch in der CDU-Bundesgeschäftsstelle fortgesetzt. Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB, richtete zunächst ein Grußwort von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an die anwesenden Gäste. Anschließend betonte Herr Gröhe die gemeinsamen europäischen Werte. Europa sei nie nur Westeuropa gewesen, sondern Osteuropa hätte schon immer zu Europa gehört. Die CDU habe immer proeuropäisch argumentiert und sich aktiv für die europäische Integration eingesetzt. Estland, das „seit 35 Tagen Mitglied der Eurozone“ sei, zeige, dass auch neue Mitglieder der EU die Prinzipien ernst nähmen und erreichen könnten.

Herr Gröhe betonte, dass das Ringen um Demokratie und Menschenrechte auch auf unserem Kontinent weitergehe. Mit Sorge betrachte man die Entwicklung von autoritären Verhaltensweisen in der Ukraine und zeige sich solidarisch mit dem weißrussischen Volk. Um einen dauerhaften Beitrag zur Stabilität zu leisten, sei der Austausch innerhalb der EVP und die Solidarität untereinander sehr wichtig. Herr Gröhe unterstrich, dass die Wahrung der Menschenrechte von Parteien geleistet werden müsse, die von klaren Wertvorstellungen geleitet werden. Die CDU fühle sich deshalb den Schwesterparteien besonders verpflichtet und sei sehr daran interessiert von den Teilnehmern der Konferenz zu lernen.

Der Bereichsleiter Internes Management, Herr Dr. Stefan Hennewig, sowie der Leiter der Abteilung Marketing und Interne Kommunikation, Herr Oliver Röseler, diskutierten anschließend mit den Gästen die Themen „Organisation einer Volkspartei, Strategieentwicklung“ und „moderne politische Kommunikation“. Angesichts der noch relativ jungen Parteien empfanden die Gäste diesen Programmpunkt besonders interessant.

Herr Dr. Hennewig stellte deshalb detailliert die Strukturen der CDU sowie das Organigramm der CDU Bun-

desgeschäftsstelle vor. Dabei betonte er, dass die Partei einem ständigen Wandlungsprozess unterliege und immer wieder vor neuen Herausforderungen stehe. Zum einen sehe sie sich mit dem demographischen Wandel konfrontiert, zum anderen gäbe es, bedingt durch die Veränderung der Arbeitszeiten und Lebensstile, immer weniger Mitglieder auf der Ortsebene. So wollten viele Mitglieder lieber direkt auf der Bundesebene mitwirken anstatt auf der lokalen Ebene.

Anschließend ging Herr Röseler auf die Marketingstrategie der CDU ein. Nachdem er detailliert die Struktur der Abteilung „Marketing und Interne Kommunikation“ vorgestellt hatte, präsentierte er ausführlich die verschiedenen Marketingstrategien der CDU. So zeigte er den Internetauftritt, den Online-Fernsehsender „CDU-TV“, das Multimedia-Magazin „Union“ und einen Wahlkampfsport aus dem Jahr 2009.

Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Herrn Frank Spengler, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit.

Die Teilnehmer aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas bewerteten das gesamte Tagungsprogramm als sehr hilfreich für ihre Parteiarbeit und lobten die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Initiative, diese Tagung auszurichten.

PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZUM THEMA „PARTEIENZUSAMMENARBEIT“

- Christliche Demokratie: Grundsätze und Politikgestaltung.
Handbuch für die Europäische und Internationale Zusammenarbeit der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Augustin/Berlin 2010 | ISBN 978-3-941904-07-1
<http://www.kas.de/wf/de/33.21408/>
- Parteiendialoge und -kooperationen der KAS in Asien
Sankt Augustin/Berlin 2010
<http://www.kas.de/wf/de/33.19791/>
- KAS-Demokratiereport 2009: Parties and Democracy, Vol. II
Sankt Augustin/Berlin 2009 | ISBN 978-3-941904-07-1
<http://www.kas.de/wf/en/33.18261/>
- Parteien und Parteienkooperationen der KAS in Lateinamerika
Sankt Augustin/Berlin 2008
<http://www.kas.de/wf/de/33.13827/>
- Internationale Parteienzusammenarbeit der KAS.
Globales Engagement für Frieden und Demokratie
Konrad-Adenauer-Stiftung 2007
<http://www.kas.de/wf/de/33.12772/>
- Gerhard Wahlers|Karsten Grabow (Hrsg.): Parteien und Demokratie.
Beiträge der Internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport
2007
Sankt Augustin/Berlin 2007 | ISBN 978-3-939826-41-5
<http://www.kas.de/wf/de/33.11488/>
- Peter Fischer-Bollin (Hrsg.): Parteienzusammenarbeit der KAS in
Mittel-, Ost- und Südosteuropa
Sankt Augustin/Berlin 2006
<http://www.kas.de/wf/de/33.9462/>



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

Text

Yvonne Daum (ext.)
Karsten Grabow

Redaktion

Karsten Grabow

Fotos

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Christian Echle, Henning
Lüders, Josephine Landertinger
Forero, Harald Odehnal

*Das Werk ist in allen seinen
Teilen urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung ist
ohne Zustimmung der Konrad-
Adenauer-Stiftung e.V. unzu-
lässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung
in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-18-2

www.kas.de